



NEWSLETTER 11/2021

FORUM | MIGRATION



Bundestag wurde migrantischer

Kurz nach der Wahl erschienen Analysen, wo Gewerkschafter_innen diesmal ihr Kreuz gemacht haben: Fast ein Drittel (32,1 %) taten dies demnach bei der SPD, gefolgt von CDU (18,6 %) und Grünen (13,0 %) – die Werte unterscheiden sich zum Teil deutlich vom Gesamtergebnis. Doch welches wirklich die politischen Präferenzen der Gewerkschafter_innen im Land sind, ist unklar. Denn viele von ihnen durften gar nicht wählen.

Insgesamt rund 8,8 Mio. erwachsene Einwohner_innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (12,8 % aller Volljährigen) hatten kein Wahlrecht, das war etwa jeder achte Erwachsene. Mehr als 4,3 Mio. davon sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Immerhin: Der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund stieg auf 13 %, auch durch die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2000. Gestiegen ist auch der Anteil der Kandidat_innen mit Migrationshintergrund auf rund 9 %. Und diese waren überdurchschnittlich erfolgreich. Denn im neuen Bundestag haben mindestens 83 Abgeordnete einen Migrationshintergrund, wie der Mediendienst Integration errechnete. Das ist bei 735 Abgeordneten ein Anteil von 11,3 % – also höher als der

Anteil der Kandidat_innen. 2017 wurden lediglich 58 Kandidat_innen mit Migrationshintergrund gewählt, sie machten 8,2 % des Bundestages aus. Den höchsten Anteil von Abgeordneten mit Migrationshintergrund hat mit 28,2 % die Linke. Nur hier liegt der Anteil von Personen mit einer Einwanderungsgeschichte etwa in Höhe des Anteils in der Gesamtbevölkerung (rund 26 %). Gegenüber der Forschungsgruppe Wahlen nannten nur 11 % der Befragten „Migration“ als wichtigstes Thema – 2017 stand es an erster Stelle mit 44 % der Nennungen. Im Ampel-Sondierungspapier ist nun von Plänen die Rede, das Fachkräfteeinwanderungsgesetz „praktikabler“ zu gestalten. Zusätzlich soll ein Punktesystem qualifizierte Fachkräfte anlocken. Abgelehnten Asylsuchenden wird die Möglichkeit eines so genannten „Spurwechsels“ in Aussicht gestellt. Der Sachverständigenrat Migration fordert von der neuen Regierung unter anderem Verbesserungen bei der Fachkräfte-Einwanderung und reguläre Zugangswege für Schutzsuchende.

🔗 Siehe dazu auch den Kommentar auf Seite 4
 🔗 DGB Wahlauswertung: <https://bit.ly/3vtqCh5>
 🔗 SVR- „Impulse“: <https://bit.ly/3E2YLYt>
 🔗 Wahlanalyse Mediendienst: <https://bit.ly/2Z89P76>

INHALT 11/2021

Bundestag wurde migrantischer	1
Brexit: Flickwerk gegen Exodus der Arbeitenden	2
60 Jahre Anwerbeabkommen Türkei	2
Angeworbene „Gastarbeiter“ nach Herkunftsland	2
News + Termine	3
Unsere Demokratie ist für ALLE da – Kommentar von Rasha Nasr, neu gewählte SPD-MdB aus Dresden	4



Brexit: Flickwerk gegen Exodus der Arbeitenden

Logistik, Landwirtschaft, Fleischindustrie: Nach dem Brexit leiden viele Branchen Großbritanniens unter eklatantem Arbeitskräftemangel. Die Regierung versucht mit punktuellen Visa-Programmen gegenzusteuern.

Rund 20.000 ausländische Fahrer haben seit dem Brexit Großbritannien verlassen, laut dem Branchenverband Road Haulage Association fehlen dort heute insgesamt 100.000 Lkw-Lenker. Supermarktregale und Zapfsäulen blieben zuletzt teils leer. Die Regierung in London will deshalb nun unter anderem die so genannten Kabotageregeln für Lkw-Fahrer_innen aus dem Ausland lockern. Sie sollen mehr Lieferungen pro Aufenthalt tätigen dürfen. Derzeit sind Lkw-Fahrer_innen aus der EU binnen sieben Tagen nur zwei Abholungen und Zustellungen erlaubt. Künftig sollen in einem Zeitraum von zwei Wochen unbegrenzt viele Fahrten möglich sein. Die Regierung glaubt, dass das etwa 1.000 zusätzliche Lkw-

Fahrer_innen auf die Straßen bringt, ohne dass dafür Visa ausgestellt werden müssten.

Edwin Atema von der Europäischen LKW-Fahrer-Gewerkschaft FNV sagte, mit dem Schritt legalisiere die Regierung die Ausbeutung der Trucker. „Die Kabotageregeln aufzuheben wird keine Abhilfe schaffen, sondern schüttet nur noch mehr Öl ins Feuer einer Branche, die bereits kaputt ist“, sagte Atema. Die schlechte Bezahlung sei dabei ein Faktor, aber nicht der Einzige. „Wenn wir sehen, was in dem Sektor passiert, verlieren Fahrer aus ganz Europa und sogar darüber hinaus jegliches Vertrauen in diese Branche.“ Schon lange vor der Corona-Krise und dem Brexit sei diese Branche „krank“ und „geplagt von der Ausbeutung durch unverantwortliche multinationale Unternehmen“ gewesen. Folge sei, dass „die Fahrer_innen mit den Füßen abstimmten und die Branche einfach verließen“, sagte Atema. Neben der geänderten Kabotage-Regelung soll es für LKW-Fahrer_innen 5.000 zusätzliche Visa

geben. „Kein Mensch wird das annehmen“, sagte der Chef des Bundesverbands Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung der DPA. Er wisse von niemandem, der sich beworben habe. Osteuropäische Fachkräfte seien verärgert über das Vorgehen der britischen Regierung. EU-Bürger_innen benötigen seit dem 1. Januar teure Visa, die neuen Visa für LKW-Fahrer_innen seien zudem auf wenige Monate befristet. Das sei eine schlechte Perspektive, sagte Engelhardt. „London hat den Brexit gewollt, nun bekommen sie ihn.“

Das Problem ist nicht auf die Logistikbranche beschränkt. Wegen des Mangels an Metzgern gab es Warnungen, dass 150.000 Schweine getötet werden könnten, ohne dass das Fleisch in die Nahrungsmittelkette gegeben wird. Die Regierung kündigte an, bis zu 1.000 Visa für ausländische Schlachtermeister auszugeben – zu deutlich erleichterten Bedingungen. Unter anderem soll auf fortgeschrittene Englischkenntnisse verzichtet werden.

60 Jahre Anwerbeabkommen Türkei

Am 30. Oktober 1961 wurde das Anwerbeabkommen zwischen Deutschland und der Türkei geschlossen. Ford in Köln warb als erstes Unternehmen in Deutschland türkische Beschäftigte an, 1972 gab es hier den ersten türkischen Betriebsrat. Die Türkische Gemeinde zieht eine durchwachsene Bilanz der seit-her vergangenen Jahrzehnte.

Weder damals noch heute werde „die Leistung der ersten Generation“ türkischstämmiger Menschen wirklich wertgeschätzt, sagte der Bundesvorsitzende der Türkischen Gemeinde in Deutschland, Gökay Sofuoğlu, vor einem Festakt zu dem Anwerbeabkommen dem Bayerischen Rundfunk. Vor 60 Jahren sei nicht daran gedacht worden, die türkischen Arbeiter_innen in Deutschland zu integ-

rieren. Die Defizite bei der Integration der nach Deutschland gekommenen Menschen wirkten sich bis heute aus. Der Enkelgeneration der damaligen „Gastarbeiter“ riet Sofuoğlu, sich verstärkt auch auf kommunaler Ebene zu engagieren. Der Grünen-Politiker Cem Özdemir sagte der Augsburger Allgemeinen, Deutschlands Geschichte als Einwanderungsland sei auch „ein Auftrag, dafür Sorge zu tragen, dass alle gleiche Chancen auf Bildung und ein gutes Leben bekommen, egal wie der Nachname klingt“. Da liege „noch ein weiter Weg vor uns“, so Özdemir, dessen Eltern Anfang der 1960er-Jahre aus der Türkei nach Deutschland gekommen waren. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier prangerte anlässlich des Jahrestags den anhaltenden „Alltagsrassismus“ an. Auch Menschen aus türkischstämmigen Familien der zweiten,

dritten oder vierten Generation erhielten bei der Wohnungssuche oder Bewerbungsgesprächen aufgrund von Vorurteilen und Ressentiments häufig noch Absagen, sagte Steinmeier. „Das dürfen wir und das werden wir in diesem Land nicht dulden.“ Er forderte „einen angemessenen Raum in unseren Schulbüchern und in unserer Erinnerungskultur“. Eine Randnotiz werde ihrem Beitrag für das Land nicht gerecht.

Zuvor hatte es bereits ähnliche Abkommen mit Italien, Spanien und Griechenland über die Entsendung so genannter Gastarbeiter gegeben, später folgten fünf weitere Staaten. Insgesamt kamen von 1955 bis 1973 etwa 14 Millionen Gastarbeiter in die Bundesrepublik, 11 bis 12 Millionen kehrten in ihre Heimatländer zurück.

Angeworbene „Gastarbeiter“ nach Herkunftsland

Angegeben ist in der Regel die Gesamtzahl der Ankommenden, viele gingen innerhalb der Anwerbeperiode in ihr Herkunftsland zurück (Jahr des Abkommens)

Italien (1955):	1.790.000 *
Spanien (1960):	600.000 **
Griechenland (1960):	400.000 **
Türkei (1961):	867.000
Marokko (1961):	22.400
Südkorea (1963):	18.000
Portugal (1964):	169.000
Jugoslawien (1968):	700.000 **

*Zählung ab 1961 · **Zahl der 1973 in Deutschland Lebenden



News + Termine

AfD-Ergebnis bei Bundestagswahl: Postmigrantischer Verband sieht „Alarmsignal“

25,7 Prozent in Sachsen, stärkste Kraft in weiten Teilen Ostdeutschlands: Bei den Wahlen zog die rechtsextreme AfD zum zweiten Mal in Folge mit einem zweistelligen Ergebnis in den Deutschen Bundestag ein. Von einem „Alarmsignal für die Demokratie“ spricht der Verband ‚neue migrantische Organisationen‘ (nmo), ein Zusammenschluss von 130 Initiativen, die sich für Vielfalt engagieren. „Es ist ein Skandal, aber die bittere Wahrheit, dass die meisten Parteien und Medien dies als Normalität akzeptieren“, sagt ndo-Vorsitzende Sheila Mysorekar. Die Wahl habe gezeigt, dass der Aufstieg der AfD keineswegs nur eine „Reaktion“ auf die so genannte „Flüchtlingskrise“ 2015 gewesen sei. Für People of Color und andere marginalisierte Gruppen seien die Ergebnisse der AfD „ein Angriff auf unsere bloße Existenz“, die ausbleibenden Reaktionen der anderen Parteien „ein weiterer Schlag ins Gesicht“.

 Stellungnahme der ndo: <https://bit.ly/3ji0zmq>

Sanktionsmaßnahme: Frankreich stellt weniger Visa für Maghreb-Staaten aus

Frankreich will die Einreise aus Algerien, Marokko und Tunesien erschweren. Die Zahl der erteilten Visa soll „drastisch“ vermindert werden, heißt es laut einem Bericht der taz von Seiten der Regierung – um 50 Prozent für Algerien und Marokko und um 30 Prozent für Einreisegesuche aus Tunesien. Diese Maßnahme sei eine Konsequenz der Weigerung der Maghreb-Staaten, ihre von Frankreich abgewiesenen Staatsangehörigen zurückzunehmen. „Es handelt sich um eine drastische und noch nie dagewesene Entscheidung. Sie wurde aber notwendig, weil diese Staaten ihre Landsleute, die wir nicht in Frankreich behalten möchten oder können, nicht zurücknehmen wollen“, sagte ein Regierungssprecher.

„Moving Cities Map“:

Neue Webseite zeigt Solidarische Städte

In Deutschland nennen sie sich „Sichere Häfen“ oder „Solidarity Cities“, zu finden sind sie in ganz Europa: Über 700 Städte und Kommunen von Portugal bis Polen zeigen, wie eine fortschrittliche kommunale Aufnahmepolitik aussehen kann. Mit einer neuen mehrsprachigen Webseite, der „Moving Cities Map“ zeigen die Heinrich-Böll- und die Rosa-Luxemburg-Stiftung was Kommunen leisten können, die sich nationaler Abschottungspolitik entgegenstellen. „Die Bemühungen um eine solidarische Reform nationaler und EU-Migrationspolitiken befinden sich seit Jahren in einer Sackgasse“, heißt es in einer Erklärung der Stiftungen. Opportunismus und Verantwortungsverweigerung bestimmen den Umgang mit Flucht und Migration. Viele Kommunen hingegen „schreiten mit konkreten Willkommenspolitiken und innovativen lokalen Lösungsansätzen zur Integration voran“. Die Plattform „moving-cities.eu“ biete erstmalig in sieben Sprachen ein systematisches Mapping von Kommunen und ihren

Lösungsansätzen quer durch Europa. Die Seite gibt einen Überblick über bereits aktive Städte und Netzwerke, bietet eine vertiefte Darstellung von fortschrittlichen Städten und deren Strategien, und listet inspirierende lokale Ansätze in verschiedenen Bereichen auf. Die Seite ist in Englisch, Deutsch und Griechisch verfügbar, bald folgen Französisch, Polnisch, Italienisch und Spanisch. Die Idee zu diesem Vorhaben entstand 2019 in einem europäischen Vernetzungsprozess zivilgesellschaftlicher Initiativen, aus dem sich das Konsortium „FromSea2Cities“ gründete. Mitfinanziert wird das Projekt von der Robert-Bosch-Stiftung und dem Stiftungsfonds Zivile Seenotrettung.

 <https://moving-cities.eu>

Italien:

13 Jahre Haft für Integrations-Bürgermeister

Der Ex-Bürgermeister des süditalienischen Dorfes Riace in Italien ist zu einer Gefängnisstrafe von mehr als 13 Jahren verurteilt worden. Die Staatsanwaltschaft hatte knapp acht Jahre Haft verlangt. Dem 63-jährigen Domenico Lucano wurde unter anderem Beihilfe zur illegalen Einwanderung, Amtsmissbrauch, Betrug und Erpressung zur Last gelegt. Domenico war bis 2018 Bürgermeister in dem kalabrischen Dorf. Er wurde dafür berühmt, dass er Migrant_innen dort ausdrücklich willkommen hieß, um der grassierenden Landflucht zu begegnen und die Wirtschaft wieder anzukurbeln. Lucano muss zudem EU-Gelder in Höhe von 500.000 Euro zurückzahlen, die für das „Riace-Modell“ geflossen waren. Das Modell wurde als einfache, aber effektive Methode zur Wiederbelebung dünn besiedelter Dörfer und zur Unterbringung von Asylbewerber_innen gepriesen. In seinem Rahmen wurden verlassene Häuser restauriert und Handwerksbetriebe in Riace wiedereröffnet, was Touristen anlockte. Lucano schaffte es 2016 in die Liste der 100 einflussreichsten Persönlichkeiten des „Fortune“-Magazins. 2010 wurde er als drittbester Bürgermeister der Welt ausgezeichnet. Das Urteil gegen ihn wird von vielen antirassistischen Gruppen als klar politisch motiviert gewertet.

EU-Kommission will gegen „Pushbacks“ an den Außengrenzen vorgehen

Sie drängen Schutzsuchende zurück über die Grenze, oft mit Schlägen oder Hunden: So genannte Pushbacks an den EU-Außengrenzen sind ein Verstoß gegen die Flüchtlingskonvention, sie wurden aber zuletzt massenhaft dokumentiert, vor allem in Kroatien, Griechenland und Polen. Nun will die EU-Kommission dem nachgehen. „Diese Berichte sind schockierend und müssen untersucht werden“, sagte Innenkommissarin Ylva Johansson. Sie wolle mit dem griechischen und dem kroatischen Migrationsminister über die Vorwürfe reden. Ein Sprecher der EU-Kommission sagte, jegliche Gewalttaten gegen Migrant_innen, Asylbewerbende oder Geflüchtete seien inakzeptabel und müssten untersucht werden. „Die uneingeschränkte Achtung der Grundrechte, insbesondere beim Schutz der Außengrenzen,

ist für die Europäische Kommission von entscheidender Bedeutung.“ Die Kommission habe wiederholt betont, dass „Pushback“-Praktiken rechtswidrig seien.

Afrikanische Union: Ohne Investitionen wird die Migration nach Europa weitergehen

Für ein Eindämmen der Migration von Afrika nach Europa geht nach Überzeugung der Afrikanischen Union (AU) kein Weg an Investitionen, Wirtschaftshilfe und -förderung vorbei. Die allermeisten Migrant_innen suchten ein besseres Leben, sagte die Kommissarin für soziale Angelegenheiten der AU, Amira El Fadil, laut einem Bericht der DPA. Europa müsse dem Kontinent bei der Schaffung von Arbeitsplätzen helfen. „Es ist ein langer Weg, es ist keine schnelle Lösung“, aber ein langfristiger Ansatz werde bessere Ergebnisse erzielen, meinte die Expertin. Auf einer internationalen Konferenz des Migrations-Thinktanks ICMPD wandte sie sich zugleich gegen die Idee von so genannten Ausschiffungs-Zentren. Dort sollen auf See gerettete Flüchtlinge sicher untergebracht und nach ihrem Migrationsgrund in legale und illegale Zuwanderer_innen unterschieden werden. „Man löst das Problem nicht, indem man Migranten dorthin überstellt“, sagte El Fadil. Sie machte darauf aufmerksam, dass 80 Prozent der Migration innerhalb Afrikas stattfinde, nur 20 Prozent der Auswanderer_innen strebten nach Europa. Die innerafrikanische Migration werde aufgrund der immer engeren wirtschaftlichen Verflechtung der Staaten weiter zunehmen.

Haus der Kulturen der Welt zeigt

„Archiv der Flucht“

Welche Formen des Erinnerens braucht es in heutigen Einwanderungsgesellschaften? Eine Ausstellung im Berliner Haus der Kulturen der Welt zeigt bis Januar 2022 Erinnerungen nach Deutschland migrierter Menschen als Bestandteil deutscher Nachkriegsgeschichte. In 41 dokumentarische Filminterviews erzählen Menschen, die in den letzten 70 Jahren in die Bundesrepublik oder in die DDR eingewandert sind, von Heimat und Exil, von dem, was Einwanderung bedeutet – und sie bezeugen eine vielschichtige, aufregende Erzählung der Geschichte dieses Landes.

 „Archiv der Flucht“: <https://bit.ly/3BYVI8v>

Termine

Aufbauseminar: Arbeitsrecht für mobile Beschäftigte für Berater_innen von mobilen Beschäftigten

09. bis 10. November 2021, Berlin

Die Welt in Bewegung: Flucht, Arbeitsmigration und Einwanderungspolitik heute

14. bis 19. November 2021

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen: <https://bit.ly/2Z4ibgm>



Unsere Demokratie ist für ALLE da



Foto Rasha Nasr: © Rasha Nasr

Kommentar von Rasha Nasr, neu gewählte SPD-MdB aus Dresden

Die deutsche Gesellschaft ist vielfältig – und das ist gut so! Über ein Viertel der Deutschen hat eine Migrationsgeschichte. Aber wie so häufig findet sich auch diese gesellschaftliche Realität nicht im politischen Spektrum wider. Jahrzehntelang haben wir daneben gestanden und dankend genickt, während von Politiker_innen erzählt wurde, dass auch Menschen aus dem Ausland „unsere Mitbürger“ hier in Deutschland seien – was haben wir uns darüber gefreut! Aber es wird jetzt auch Zeit, dass wir die gleichen guten Jobs, die gleichen guten Bildungschancen und bitteschön auch die gleichen guten Plätze auf den Listen und damit in den Parlamenten bekommen. Während dem letzten Bundestag nur rund 8,2 Prozent Mitglieder mit Migrationsgeschichte angehörten, so sind es im neuen Deutschen Bundestag immerhin 11,3 Prozent.

Das kann uns aber nicht zufrieden stellen, denn dahinter steht ein Problem, das noch tiefer greift. Mit Blick auf die Mitgliederstrukturen in den Parteien, offenbart sich ein ähnlich schwieriges Bild, auch wenn die Mitglieder die gesellschaftlichen Realitäten besser abbilden. Die Wahllisten sehen dann wieder anders aus. Wir müssen grundlegend überdenken, ob unsere Art und Weise, Politik zu organisieren und zu erklären, auch dort ankommt, wo sie ankommen soll. Ob unsere Art und Weise, Parteipolitik zu machen, dazu führt, dass diese Gesellschaft auch Lust hat, sich in all ihrer Vielfalt in den Parteien einzubringen. Ich bezweifle das. Lange, verschachtelte Sätze, am besten noch garniert mit hochtrabenden Begrifflichkeiten, die nur Studierende

verstehen, so kann Politik im 21. Jahrhundert nicht mehr funktionieren. Besonders dann, wenn wir sehen, dass immer mehr Menschen sich von der Politik abwenden, sie nicht verstehen oder gar nicht erst verstehen wollen.

Ich sage: Unsere Demokratie ist eine Mitmach-Geschichte – sie ist für ALLE da! Sie lebt davon, dass Menschen mittun, sich mit ihrer Stimme und individuellen Perspektive einbringen. Sie lebt davon, dass diejenigen, die Politik gestalten, mit denen zusammenarbeiten, für die sie Politik machen wollen. Es geht hier um Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Ich kämpfe für eine Gesellschaft, die von Respekt geprägt ist. Eine Gesellschaft, in der wir uns gegenseitig anerkennen, auch wenn wir in vielerlei Hinsicht unterschiedlich sind. Und dazu gehört auch, allen eine Plattform und eine Stimme zu geben, die sich einbringen wollen.

Lasst uns daher endlich das Demokratiefördergesetz verabschieden! Auch wenn es in der letzten Legislaturperiode an der CDU gescheitert ist, nehmen wir nochmal Anlauf. Denn durch dieses Gesetz können wir das zivilgesellschaftliche und bürgerschaftliche Engagement und die demokratische Teilhabe stärken. Wir hören dann endlich damit auf, Demokratiearbeit an Projektzeiträume zu binden, und sorgen für eine echte Förderung von gesellschaftspolischem Engagement. Denn Engagement darf kein Privileg sein. Es geht darum, demokratisches Grundwissen zu vermitteln, zu politischem Handeln anzuregen und dabei diejenigen zu unterstützen, die sich für unsere Gesellschaft und unsere Demokratie starkmachen. Nur so schaffen wir auch nachhaltig Repräsentation.

Ich will den Blick an dieser Stelle auch auf die Lenken, die ihre Stimme gar nicht erst abgeben dürfen – fast 10 Millionen Menschen waren auch bei der diesjährigen Bundestagswahl wieder ausgeschlossen, weil sie keine deutsche Staatsangehörigkeit haben. Das sind aber Menschen, die teils seit Jahren und Jahrzehnten hier leben, arbeiten und Steuern zahlen. Dann sollten sie auch das Recht haben, über die Politik dieses Landes mitzuentcheiden. Das können wir doch progressiver lösen! Neuseeland zum Beispiel knüpft das Wahlrecht nicht an die Staatsangehörigkeit, sondern an die Aufenthaltsdauer im Land. Wer mindestens zwei Jahre dort lebt und einen unbefristeten Aufenthalt hat, darf mitwählen.

Wir leben in einem Land, das auf Einwanderung angewiesen ist. Integration ist deswegen eine permanente Aufgabe für uns alle. Daraus folgt: Menschen, die neu zu uns kommen, brauchen Zugang zu Bildung und Arbeit und Kinder und Jugendliche zu Kita, Schule und Freizeitangeboten. Gut integrierte Menschen ohne gesicherten Aufenthalt brauchen eine dauerhafte Bleibeperspektive. Und Familien gehören zusammen. Grund- und Menschenrechte gelten auch für Migrant_innen!

Unsere Demokratie ist für ALLE da – egal, wo man herkommt, wie man aussieht, wen man liebt oder woran man glaubt!

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
Vorsitzende: Elke Hannack
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber
Koordination: Michaela Dälken
Redaktion: Christian Jakob, Berlin
Layout/Satz: ideaal, Essen
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk e.V.
Bereich Migration & Gleichberechtigung
Franz-Rennefeld-Weg 5
40472 Düsseldorf
Telefon 02 11/43 01-1 99
Telefax 02 11/43 01-1 34
migration@dgb-bildungswerk.de
www.migration-online.de

